

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

22.9.1923 (No. 220)

Sei jedoch nicht von drei bis vier Monaten und nicht von einer Milliarde, sondern von einem Gründungsdarlehen von 300 Millionen Bodenmark zur Einziehung der umlaufenden Papiermark und von einem weiteren Kredit bis zum Höchstbetrag von zwei Milliarden Bodenmark und zwar für die nächsten zwei Jahre die Rede. Dies sei Bodenmark = Goldmark) mehr als das Doppelte der angeforderten wahrhaft nicht bescheidenen Summe, wobei die Bank anscheinend keineswegs darauf rechnet, ihr lukratives Notenrecht schon nach zwei Jahren zu verlieren. Wie das Reich ein Darlehen von solchem Umfang zurückzahlen und fundieren solle, darüber finde sich keine Andeutung. Dazu erhöht die vom Reich zu zahlenden Goldzinsen noch die Ausgaben. Der Artikel weist darauf hin, daß, würde der Zahlungsentwurf in die Wirklichkeit übertragen, ein Währungsreform drohe, und fordert eine ungekünstelte und unkomplizierte, sachlich einfache Sanierung. Die Erfahrungen mit der vielbesprochenen Goldrechnung, deren verhängnisvolle Wirkungen jetzt auch wenigstens ein Teil ihrer früheren Propagandisten einsehen, sollten hier schreien.

Politische Neuigkeiten

Der englische Premierminister Baldwin

Ist am Freitagabend von Paris nach London zurückgekehrt. Er empfing unmittelbar vor Abgang des Zuges Ministerpräsident Poincaré und den englischen Botschafter Lord Cromer zum Abschied in seinem Salonwagen.

Wie das Reuters-Büro erfährt, geht die Meinung der maßgebenden Londoner Kreise dahin, daß, während das Communiqué über die Begegnung Baldwin's mit Poincaré befragt mag, daß Poincaré den britischen Argwohn über die letzten Ziele der französischen Forderungen zerstreute, man Vorsicht walten lassen müsse, bis Einzelheiten bekannt seien. Es herrsche das Empfinden vor, daß, falls die einzuleitenden Verhandlungen befriedigend verlaufen, eine interalliierte Reparationskonferenz der nächste Schritt sei. Inzwischen sei es vorher nötig, die Grundlagen eingehend zu klären.

Donnerstagabend ist unter dem Vorsitz Poincaré's in Paris eine Konferenz zusammengetreten, die sich mit der Ruhr- und Rheinangelegenheit befaßt. Dieser Konferenz wohnten bei: Marschall Foch, der Finanzminister, der Minister für die öffentlichen Arbeiten, der rheinische Oberkommissar Tard und der elassische Abgeordnete Oberkirch. Es wurden nach dem „Matin“ alle Fragen durchgesprochen, die sich in dem Augenblick ergeben würden, indem der passive Widerstand ein Ende finde. Nach dem „Echo de Paris“ sollen im Laufe der Beratungen auch die Maßnahmen geprüft worden sein, die getroffen werden, um die Marktlage zu befestigen. Für den Augenblick noch werde die Frage einer Rheinwährung geprüft.

Der Völkerbund zur Reparationsfrage

In der Völkerbundversammlung, welche nach sechstägiger Pause in Genf wieder zusammentrat, wurde am Freitag die Reparationsfrage besprochen. Die Versammlung brachte bemerkenswerte Ausführungen von Vertretern neutraler Staaten. Am deutlichsten kennzeichneten Fritz Hof Jensen und der dänische Delegierte Balle den Ernst der Lage.

Nachdem Matta (Schweiz) und London (Holland) den griechisch-italienischen Konflikt als erledigt bezeichnet hatten, sprach Matta, der die Notwendigkeit der Lösung der Reparationsfrage betonte und bedauerte, daß der Völkerbund bisher nicht in die Lage käme, sich mit der gefährlichsten Krise, die in der Welt herrsche, zu befassen. Die Neuen und neuartigen Staaten verfolgten die Ereignisse mit Sorge, ohne daß sie allerdings irgendwie damit in die Rechte Frankreichs und Belgiens eingreifen wollten, deren Gebiete verwüstet worden seien und die in direkter Weise Wiedergutmachungen verlangen dürften. Aber seit der letzten Völkerbundversammlung, in der man eine Entscheidung über die wünschenswerte Lösung der Reparationsfrage und das Problem der interalliierten Schulden angenommen habe, sei die Lage nur noch ernster geworden. Alle Sachverständigen der Welt seien sich darüber einig, daß ohne Lösung des Reparationsproblems das wirtschaftliche Chaos, unter dem auch die Neutralen schwer leiden, nicht behoben werden könne. Matta schloß mit folgenden Worten: Man sagt uns, daß gegenwärtig Verhandlungen stattfinden und wir haben diese Nachricht mit Freuden aufgenommen. Wir hoffen, daß man endlich den Weg begreifen wird, der zur endgültigen Lösung führen muß. Niemand in dieser Versammlung wünsche daher ein Wort auszusprechen, das irgendwo die Unterhändler stören könnte. Wir alle hoffen, daß man noch zu einem Einvernehmen gelangt, denn wenn in einigen Wochen keine Verständigung erzielt ist und das gegenwärtige Chaos andauern sollte, dessen Schwerkrieg nicht länger ertragen werden können, so würden wir uns am Rand

Karlsruher Konzerte

Zur Nordamerikafahrt rüstet sich Elisabeth Moriz, eine der besten Schillerinnen von Hofrat Ordenstein, an dessen Institut sie schon vor u. auch nach dem Tod des ausgezeichneten Meisters als Lehrerin wirkte. Ihr Abschiedskonzert im gut besuchten Eintrachtsaal ließ nochmals technisch ausgefeilte Leistungen von edlem Spielstil erkennen, neben sauberer Flüssigkeit der Passagen und ausgezeichneter Elastizität in Klängen und Doppelgriffen erfreute vor allem die künstlerische Natur der Pianistin, die darin weit über dem Ostgenossen steht und jedenfalls unter den weiblichen Klavierspielern von heute eine bedeutende Stellung einnimmt. Die Wiedergabe von Beethovens d-moll-Sonate (op. 31 Nr. 2) war nicht ohne Charakter und sehr glaubhaft filiiert zumal in den schon gesteigerten Allegros. Für Schumanns feingliedrigere Sonate zeigte sie eine Auffassung von ungemein poetischem Reiz, ihrer ständigen Virtuosität ließ sie sodann in Liszts spanischer Absonderlichkeit freien Lauf. Auch das Frühwerk A. 113 B. 1. Tocatta D-dur wußte sie in markanter Prägung zu gestalten. Wenn sich die Künstlerin noch gelegentlich einen vorwiegend Gebrauch des Pedals angeeignet sein läßt, dürfte sich die Wirkung ihrer von ausgesprochenen Besonnenheit zeugenden Leistungen noch wesentlich erhöhen. Reicher herlicher Beifall gab der Künstlerin zu erkennen, daß man ihre Qualitäten hier wohl zu schätzen weiß. Hoffentlich sind ihr gleich schöne Erfolge bei den amerikanischen Hörern beschieden!

Entgegen dem oft profilarnten Nacheinander und monotonen Wiederein der Vortragstücke haben fast alle Programmnummern Agnes Deljarto's (Leipzig) den Vorzug, so farbige und kontrastreich wie nur eben möglich gestaltet zu sein, so daß das Erlernen der Lieder bei ihr nicht das Wesentliche scheint, sondern die ungemein lebendige, ursprüngliche und unmittelbare Art des Vortrags. Auch ihr letzter, wiederum mit „Lustig Durcheinander zur Laute“ überschriebener Abend fand unter diesem günstigen Zeichen u. hatte nichts mit der sentimentalen Verschönerung gemein, der Nichtsköner gerade auf diesem Gebiet kaum zu entzinnen vermögen. Schade nur, daß die rein stimmliche Ausbildung der sympathischen-singenden Sängerin an sich recht primitiver Stufe steht! Aus dem Vollen der Literatur bot sie Alles und Neues; die Zuhörer

des Abgrundes befinden. Die schwersten Verhängnisse würden auf Europa niedergehen und jedes Land würde — vielleicht zu spät — bedauern, daß Europa nicht gerettet worden ist. Viele Mitglieder der Versammlung sind meiner Ansicht, daß nicht nur der Völkerbund verschwinden würde, sondern auch die gesamte europäische Kultur in einer fürchterlichen Verwirrung zusammenbrechen würde.

Jahle Dänemark schloß sich in der Beurteilung des nunmehr beendigten griechisch-italienischen Konfliktes den Vorkrednern an, erklärte aber, den Optimismus Matta über die Tätigkeit des Völkerbundes nicht teilen zu können. Die Lage sei ernst; die öffentliche Meinung in der Welt werde immer unruhiger in ihrem Urteil über den Völkerbund. Viele erwarteten ungeduldig eine Universalität und die allgemeine Annahme des obligatorischen Schiedsverfahrens. Seit vier Jahren sei der Versailler Vertrag in Kraft getreten, aber es gebe immer noch keinen Frieden. Die Völkerbundversammlung müsse auf die Stimmung in der Welt hören und dürfe sich nicht mit Mißtrauen und dem Pessimismus, der auch in der gesamten Presse zum Ausdruck komme, verschließen.

Die Ruhrpolitik Frankreichs

Essen, 21. Sept. In Essen ist ein neuer Sabotageakt verübt worden. Gestern abend um 10 1/2 Uhr erfolgte eine heftige Explosion. An der Eisenbahnunterführung bei den Kruppischen Anlagen an der Margaretenhöhe, über die eine Nebenbahnstrecke von Heßen nach Müttenscheid führt, die von den Franzosen gelegentlich für Gütertransporte verwendet wird, war eine Sprengung verübt worden. Es wurden eine Schiene und mehrere Schwellen hochgehoben, einige Telephondrähte zerstört und das Brückengelände verborgen. Für den Eisenbahnverkehr hat die Sprengung keine Wirkung, da der Verkehr einseitig aufrechterhalten werden wird. Aus Anlaß dieses Sabotageaktes hat der Kommandeur der 77. Infanteriedivision die teilweise Einstellung des Straßenbahnverkehrs in Essen, Wülheim und in Oberhausen angeordnet. Der Straßenbahnverkehr zwischen Mülheim und Essen ist verboten worden.

London, 20. Sept. Vor dem Kriegsgericht hatte sich der Bürgermeister Schaad von Antwerpen zu verantworten, weil er sich bei dem französischen Delegierten in Antwerpen über das Verhalten der marokkanischen Soldaten befragt und sich weigerte, dem Abteilungsführer ein Verbot über die Führung der Truppen zu unterschreiben. Er wurde zu zwei Monaten Gefängnis und 100 Franken Geldstrafe verurteilt. Die Arbeiter Hornung und Dirk aus Ludwigswinkel, die sich gegen anrückende algerische Schiffe gewehrt hatten, wurden wegen Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis resp. 10 Jahre Büchsenhaus verurteilt.

Die Opposition der Deutschnationalen

Die Opposition der Deutschnationalen gegen die Verhandlungspolitik des Kabinetts Stresemann geht weiter. Die Fraktionen der deutschnationalen Volkspartei des Reichstags und preussischen Landtags kündigen die Einziehung eines gemeinsamen Ausschusses an, der „ständige Bereitschaft“ halten soll.

Der Antwort auf die (gehört wiedergegebenen) vier Fragen der Nationalliberalen Korrespondenz geht freilich die deutschnationale und rechtsradikale Presse aus dem Wege. Die „Kreuzzeitung“ befragt sich darauf, dem Organ der Deutschen Volkspartei den Rat zu geben, sich an den Reichstagspräsident Dr. Stresemann zu wenden, der über die Auffassung der Deutschnationalen Volkspartei genau orientiert worden sei, und die nationalistische „Deutsche Zeitung“ wartet mit sinnlosen Gemeinplätzen auf, wie, daß der Krieg nach einer Jahrtausende alten Erfahrung sich selbst ernähre, wenn man ihn nur erst angefangen habe, daß Rat und Tatenlosigkeit in der Wilhelmstraße und bei der „faulen Mitte des Reichstags“ zu Hause herrsche, wir wissen nicht nur Rat, sondern sind auch bereit, zur Tat überzugehen. — Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert die Regierung auf, entweder einzulernen oder den wirklichen Krieg zu führen, der schon längst hätte ausbrechen müssen, wenn ihn der deutsche Defaitismus nicht verhindert hätte.

Wrasen sind allerdings keine Antwort auf die Frage, wie man wohl den weiteren Kampf an der Ruhr finanzieren, wie man die deutsche Währung vor völligem Zusammenbruch bewahren oder mit welchen Mitteln nachpolitischer Art man etwa den Kampf führen soll. Die dem Reichstagspräsidenten nahe stehende „Zeit“ bezeichnet die Art der Deutschnationalen, sich um derartige Fragen herumzudrücken, als elendeste politische Scheuheit und erklärt, es müsse der deutschnationalen Parteileitung ebenso wie der Regierung selber bekannt sein, daß hervorragende deutschnationale Parlamentarier selber, besonders solche aus dem besetzten Gebiet, den Standpunkt der Reichsregierung vollkommen teilen.

Ein Artikel des Berliner Zentrumsorgans „Germania“ stellt die Frage auf, ob die Fortführung des Kampfes im Ruhrgebiet noch im Interesse des deutschen Volkes liegt. Da die Leiden der Bevölkerung sich von Tag zu Tag ebenso steigern

wie die wirtschaftliche Notlage im übrigen Deutschland, ohne daß eine Aussicht auf Besserung vorhanden wäre, so wird, wie die „Germania“ argumentiert, kein Mensch dafür garantieren können, ob nicht der Widerstand eines Tages zusammenbricht. Dann wäre die Opposition Frankreichs stärker als bei einer geordneten Einstellung des Widerstandes. Als selbstverständliche Voraussetzung für Einstellung des Widerstandes bezeichnet das Zentrum die Rückkehr der ausgewiesenen und die Freilassung der unschuldig Eingekerkerten. Mit einem Appell an Frankreich, gegen Forderungen der Dumanität nicht zu sündigen, werden diese Voraussetzungen als Bedingungen hingestellt, die gar nicht erst einem diplomatischen Schacher unterliegen dürfen. — Wenn man sich der Rolle erinnert, die das Zentrumorgan vor einigen Wochen als Schriftmacher beim Einzug des Kabinetts Cuno gespielt hat, wird man diesen Artikel als sehr wichtig betrachten müssen.

Eine Rede des bayerischen Innenministers

Der bayerische Minister des Innern Schweder sprach in Rißingen über die innen- und außenpolitische Lage. Nach einem Hinweis auf den gewaltigen Abbruch Deutschlands sagte er, der Reichskanzler habe einen neuen Versuch zur Wendung der Dinge unternommen. Wenn auch der Erfolg zweifelhaft sei, so müsse doch alles zusammenstehen, um dem Kanzler die Außenpolitik nicht zu erschweren. Wenn Frankreich auch dieses Anerbieten zurückweise, dann sei bewiesen, daß Frankreich die Befreiung Deutschlands wolle. — Aber die vaterländischen Verbände in Bayern sagten der Minister, er bezürhe ihre Arbeit zur Stärkung des vaterländischen Bewusstseins; aber es dürfe sich kein Staat im Staate herausbilden, und die Unterstützung der geschwächten Staatsautorität dürfe keine Gefahr für den Staat werden. In der heutigen Zeit sei das Wichtigste die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

Erhöhung d. Eisenbahntarife ab 25. September

Infolge der weiter fortgeschrittenen Teuerung für Rohstoffe und Materialen und infolge der großen auf der Reichsbahn lastenden sonstigen Ausgaben sieht sich die Reichsverkehrsverwaltung veranlaßt, die Eisenbahntarife ab 25. September heraufzusetzen. Die Schlüsselzahl für die Berechnung der Güterfrachttarife beträgt ab diesem Tage 38 Millionen, die Schlüsselzahl für die Tarife in dem Personenverkehr beträgt 20 Millionen. Gleichzeitige werden die Mindestfahrpreise auf die Berechnung von 6 Kilometer (bisher 8 Kilometer) herabgesetzt. Der Mindestgrundpreis in 4. Klasse wird von 20 auf 15 Pfennig herabgesetzt. Die vierjährige Gültigkeit der vorgelagerten Fahrtausweise wird beibehalten.

Die Frage der Brotversorgung

In der wichtigen Frage der Lebensmittelförderung, die sich dadurch immer mehr kompliziert, daß die Landwirtschaft wegen der fortgeschrittenen Umwertung der Papiermark den Städten immer geringere Mengen ihrer Produkte zuführt, nahm der Interaktionsrat für Landwirtschaft und Ernährung des Reichsweirtschaftsrats am Freitag einen Bericht der Regierung über die von ihr geplanten Maßnahmen entgegen.

Bekanntlich soll das Brotmarktsystem, das im Kriege geherrscht hat und noch heute die minderbemittelte Bevölkerung mit billigerem Brot versorgt, in nächster Zeit aufgehoben werden. Es war dabei vorgesehen, daß für Eventualitäten die Regierung einen gewissen Vorrat Brotgetreide und zwar eine Million Tonnen zur Sicherstellung der schlimmsten Winterwochen erwerben sollte. Die Regierung beabsichtigt nun, diese Menge auf 2 1/2 Millionen Tonnen zu erhöhen und in den Gebieten, in denen die politische und wirtschaftliche Lage es notwendig macht, die Brotversorgung aufrechtzuerhalten. Diesen Maßnahmen gegenüber wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, daß dem Ernährungsproblem mit Regierungsvorbereitungen auf die Dauer keineswegs beizukommen sei, daß es sich vielmehr, was übrigens auch die Regierung anerkennt, um ein Nahrungsproblem handelt und daß in dem Moment, in dem die Landwirtschaft durch die Abnahme von wertvollen Geld den Anreiz zur Zurückhaltung und zur Verfüllung der menschlichen Nahrungsmitel verlieren würde, die geplanten Maßnahmen unnützlich werden. Die Regierung stellt deshalb nach wie vor das Nahrungsproblem in den Vordergrund auch dieser Erörterungen.

Mit der Finanzfrage

Beschäftigte sich das Reichsparlament. In einer Regierungserklärung wurde mitgeteilt, daß die mit Italien geführten Verhandlungen erfolgreich geschlossen seien. Die Regierung habe überzeugt davon, daß eine friedliche und einvernehmliche Lösung des Fiume-Streitfalles im Interesse der beiden Nachbarstaaten liege, eingewilligt, die Verhandlungen direkt fortzusetzen. Inzwischen ernannte die italienische Regierung in Fiume zwecks Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung als Militärhauptmann den General Giardina, verständigte aber gleichzeitig die Regierung, daß dieser Schritt eine rechtliche Änderung dieser Streitfrage nicht bedeute. Die Regierung er-

unterhielten sich prächtig bei dem leichten munteren Wellengeträufel, die musikalischen und poetischen Gemütsfaktoren wurden durch charakterisierendes Mienenspiel dabei auch ganz trefflich vor Augen geführt.

Mit Julius Weismann am Klavier gab die Sopranistin Elise Verena (Büch) einen Wiederabend. Da die Konzerteinrichtung eine sehr ernst zu nehmende Erscheinung ist, ließ das suggestive Publikum nicht aus zwischen Vortragenden und dem leider kleinen Zuhörerkreis. Namentlich die Höhe ihrer Stimme ist sehr ergiebig, aber auch alle anderen Vorträge ungewöhnlich weich, ausdrucksfähig, farbenreich. Nachhaltigster Eindruck jedoch hinterließ die Art, wie sie den geistigen Gehalt der Tonbildungen erfahre und zu großer Innerlichkeit erhob. Das bedeutet zumal bei Weismann viel, wenn nicht alles. Denn Weismann, schon als Begleiter einer der allerbesten, stellte an seine Interpretin in den sechs Liedern nach Gedichten von Walter Calé a. B. Ansprüche, die eben nur wahrhaft edle künstlerische Persönlichkeiten erfüllen können. Auch in der übrigen Liedgruppe nahm ihre von poetischer Wärme und feinerer stimmlicher Kultur durchdrungene Vortragskunst die Hörer gefangen. Der bekannte Komponist erwies sich selbst wiederum als äußerst feinfühlig empfindender Musiker in vier Traumpielen für Klavier (op. 76), deren ganzer Duktus überzeugenden Fluß der Entwicklung und unmittellbaren Drang zur Darstellung einer fast visionären Bilderreihe findet. Zur Eröffnung der Karlsruher Herbstwoche fand gleichzeitig ein Orgelkonzert von Franz Philipp im großen Festhalleaal statt. Unter den Orgelspielern der Gegenwart muß Philipp als einer der ersten genannt werden, zum Aufbau so großer Formen, wie sie etwa Präludium und Fuge in H-moll von Bach enthalten, hat er die unbedingt erforderliche und doch so seltene Intelligenz. Daß solche Künstler jetzt auch als Lehrer wirken können, ist ebenso zu begrüßen, wie die Tatsache, daß wir hier nun schon öfters Gelegenheit hatten, Philipp am Werk zu sehen. Den vortrefflichen Vortrags seines Instrumentes ließen besonders die beiden eigenen Choralvorspiele erkennen, die wohl einen erstmaligen Versuch darstellen, katholische Kirchenliedermelodien nach Inhalt und Form auszubilden. Die Melodieabschnitte der beiden uraufgeführten Vorspiele gehören der Pastoralzeit an, dementsprechend verläuft die Ausdeutung ernst, schweremütig und

leidenschaftlich. Die Kontrapunktische Kunst ist im ersten größer, die Fassung des zweiten über dem Cantus firmus des Basses aber eindringlicher. Wie mir mein Vertreter mitteilte, übten beide in der ausgezeichneten Registrierung Philipps starke Wirkung. Auch auf die übrigen Nummern der umfangreichen Vortragsfolge konzentrierte sich großes Interesse. Schließlich war beteiligt und ausgezeichnet bei Stimme E. d. B. Braccema-Brügelmann. Der Kirchenchor von St. Bonifazius wiederholte unter seiner Chorleiterin E. Schneiders Leitung die schönen Philippischen a-capella-Chöre „Unsere lieben Frau“.

Die Badischen Lichtspiele-Konzertreihe eröffnen nach längerer Sommerpause mit Mitte nächster Woche wieder ihre Spielzeit. Wie wir hören stehen eine Reihe größerer Vorträge aus verschiedensten Wissensgebieten auf dem Winterprogramm, so daß dieses keine Aufgabe als Volkserziehungsmittel sicherlich wieder in bestem Sinne erfüllen wird. Als Grundlage der Preisberechnung ist bei tiefgestellten Grundpreisen der Multiplikator des Landestheaters angesetzt. Auf diese Preise erhalten deutsche Studierende und Schüler eine Ermäßigung von 50 Prozent. Wie sehr die Veranstaltungen der Badischen Lichtspiele sich hier eingebürgert haben, zeigte der stark zunehmende Zuspruch, dessen sie sich im rüchliegenden Sommer zu erfreuen hatten. Ein Vorverkauf im Musikhaus Müller Kaiserstraße/Baldstraße gestattet dem Besucher sich rechtzeitig einen ihm zugehenden Platz sichern. Zu den Nachmittagsvorführungen werden numerierte Plätze nicht ausgegeben. Die schon früher gelösten Eintrittskarten können an der Abendkasse gegen Aufzahlung der Garderobe- und Einlagegebühr eingekauft werden. Mit dem 31. Oktober verlieren sie ihre Gültigkeit. Als Eröffnungsvorstellung, Mittwoch, 26. d. M., ist das Thema „Im Film nach Südamerika“ gewählt, ein Thema, das wie gegenwärtig kaum ein anderes, das Interesse weiserer Kreise erwecken dürfte, kommt doch dieser Film der heute weniger denn je gefüllten deutschen Reiseleisenschaft besonders entgegen. Kapitän Herber, der diesen Vortrag in vielen deutschen Großstädten mit immer gleichem außerordentlichem Erfolge gehalten hat, wird auch hier sprechen und die Wäber aus fernem Jenseits aus dem reichen Schatz seiner persönlichen Erfahrung lebendig gestalten.

Es ist nicht für nötig, irgendwelche Schritte vorzunehmen, welche die Interessen beider Staaten schädigen und eine geordnete Lösung wären könnten. Die Fragesteller erklärten sich mit der Antwort nicht zufrieden und bezeichneten den Kapalko-Bertrag als durch Italien gebrochen. Mehrere Oppositionsredner griffen die Regierung wegen ihrer schwachen Haltung gegenüber Italien heftig an.

Raschitsch hat Mussolini bezüglich der Fortsetzung der direkten Besprechungen über Sizilien geantwortet. Er anerkennt das Prinzip der Möglichkeit direkter Verständigung unter Ausschluß eines Schiedsrichters. — Nach einer Meldung aus Rom dürfte Mussolini, sobald eine prinzipielle Einigkeit erzielt ist, wahrscheinlich in Venedig mit Raschitsch zusammenzutreffen.

Kurze Nachrichten

Erhöhung der Sozialrenten. Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten wurde beschlossen, daß zu dem Ruhegehalt der Witwen- und Waisenrenten, der Invaliden- und Altersrenten eine Teuerungszulage treten soll. Diese Teuerungszulage soll Bestandteil der Rente sein und wird vom Reichsarbeitsminister monatlich unter Berücksichtigung der Reichsrichtsmaß der Lebenshaltungskosten festgesetzt.

Der Deutsche Botschafter in Washington, Wieselski, hat sich auf Grund von Instruktionen des Reichsministers nach Deutschland eingeschifft, um dem Kanzler über die Haltung der amerikanischen Regierung der gegenwärtigen Lage Deutschlands gegenüber und über die Stimmung der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten Bericht zu erstatten.

Guas Stinnes, der seit Beginn der Ruhrbesetzung den Hauptteil seiner Geschäfte aus dem Ruhrgebiet nach Hamburg verlegt hatte, wo er bekanntlich große Interessen besitzt, hat, wie aus Hamburg gemeldet wird, jetzt wieder den Sitz seines Hauptbetriebs offiziell in das Ruhrgebiet zurückverlegt.

Im Saargebiet wurde nach einer Verordnung der Regierungskommission in der Nacht vom 6. zum 7. Oktober im Saargebiet die wechsellagernde Zeit wieder eingeführt.

Die Schlüsselzahl im Buchhandel beträgt von heute Samstag ab 35 Millionen.

Der Präsident der Tschechoslowakischen Republik, Masaryk wird seiner offiziellen Besuche in Paris am 17. und 18. Oktober abfahren.

Badische Webersicht.

Die „Süddeutsche Zeitung“

Kam sich in den letzten Tagen nicht genug daran tun, die Ereignisse in Oberbaden parteipolitisch auszuwählen. So brachte sie am Mittwoch, also zu einem Zeitpunkt, wo auch dem Fernersehenden unbedingt klar sein mußte, daß der linksradikale Ansturm durch den Einbruch der staatlichen Machtmittel in seiner eigentlichen Stohkraft gebrochen war, die Vorträge Meldungen unter der Überschrift: „Anarchie in Oberbaden“. Sie überbietet diese Leistung damit, daß sie am Freitag, wo bereits ein Teil der Polizeikräfte aus Lörrach zurückgezogen, das geschäftliche Leben wieder im Gange und die Ordnung wiederhergestellt war, zu behaupten wagt, daß „Baden durchaus nicht der auf festen Säulen ruhende Ordnungsstaat sei, als der er von der roten Presse immer gepriesen worden ist“. Demgegenüber kann man doch bei genauer Beobachtung feststellen, daß wenn je der Beweis erbracht wurde, daß der badische Staat die Machtmittel besitzt und anzuwenden weiß, die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, dieser Beweis in der energisch, aber doch ruhig und unter Berücksichtigung aller in Frage stehenden politischen Momente durchgeführten Wiederherstellung der Ordnung im oberbadischen Industriegebiet erbracht worden ist. In dieser Beurteilung dürfte der überwiegende Teil der badischen Bevölkerung und zwar auch Kreise, die politisch sicher nicht der „roten Presse“ nahe stehen, einig gehen.

Gerade einer Berliner Meldung in der Nr. 401 der „Süddeutschen Zeitung“ gegenüber muß betont werden, daß die badische Regierung ihre Maßnahmen zum Schutze der staatlichen Autorität in Oberbaden lediglich mit ihren eigenen Ordnungsvorgängen und ohne Unterstützung durch Reichswehrtruppen durchgeführt hat. Gegenständig wie Reichswehrtruppen zur Unterstützung der Polizeigebäude im oberbadischen Streikgebiet erboten wurden, sind Reichswehrtruppen weder in Formationen verwendet, noch, wozu da und dort immer wieder die Rede ist, einzeln in die Reihen der Polizei eingestellt worden. Im übrigen charakterisiert sich diese Berliner Meldung von selbst durch die Behauptung, „die Streikbewegung habe sich im Eisenbahnverkehr bis Frankfurt ausgedehnt“. Daß diese Behauptung keineswegs den Tatsachen entspricht, davon konnte sich jedermann überzeugen.

„Ein Treppennuß der Geschichte“

Unter dieser Überschrift gliedert die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrer Nr. 392 die Tatsache, daß in § 28 Abs. 1 des kürzlich veröffentlichten Verwaltungsgebührengesetzes die Wendung „landesherliche Verordnung“ enthalten ist. Durch das Gesetz über die Änderung des Verwaltungsgebührengesetzes vom 7. Juni sind einzelne Bestimmungen des Verwaltungsgebührengesetzes o. 4. Juni 1888 geändert oder aufgehoben worden. Unter diesen befindet sich aber nicht der frühere § 28, jetzige § 28 des Verwaltungsgebührengesetzes. Infolgedessen dürfte dieser Paragraph ebenso wenig wie die übrigen aufrechterhaltenen Bestimmungen der Fassung vom 4. Juni 1888 bei der Bekanntmachung des jetzigen Wortlauts des Gesetzes weggelassen werden. Das ist die Sache, aus der allgubestimmte „Politiker“ einen „Treppennuß der Geschichte“ konstruieren zu können glaubten. Es gehört eben doch eine gewisse Sachkunde dazu, um solche Dinge beurteilen zu können!

Beilegung des Kampfes in Lörrach

Amlich wird mitgeteilt: Bekanntlich haben die Betriebsräte von Lörrach und Umgebung unter Leitung der Gewerkschaftsführer am Montag, den 17. September d. J., den Generalstreik wieder aufge-

nommen, weil zur Herstellung der Ordnung in Lörrach Sicherheitspolizei berufen worden ist. In einer Protestkundgebung an die Regierung haben die Betriebsräte zum Ausdruck gebracht, die Arbeit solange nicht wieder aufnehmen zu wollen, bis die Polizei entfernt ist. Gestern, am 21. September, haben die maßgebenden Führer der Arbeiter sich dem Bezirksamt in Lörrach gegenüber erhoben, mit allen ihren Kräften dafür einzutreten, daß in der Betriebsräteversammlung am gestrigen Tag beschlossen worden sei, am Montag in allen Betrieben in Lörrach und Umgebung, im Wiesental, Berrach und Rheintal geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen, unter der Voraussetzung, daß nach der Arbeitsaufnahme die politische Besetzung aus Lörrach zurückgezogen werde. Die Aufstellung der Polizeibereitschaft in der Nähe von Lörrach soll der Regierung überlassen bleiben, bis die Ruhe wieder hergestellt ist. Wird die Ruhe aufrecht erhalten, so hieß es in dem schriftlich fixierten Angebot, dann wird am anderen Tag der Verlagerungszustand aufgehoben. Für den Fall die Regierung dieser Abmachung zustimmt, soll das Kraftwerk Rheinfelden wieder in Gang gesetzt werden.

Der Staatspräsident erteilte auf diese ihm unterbreitete Mitteilung dem Oberamtmann Gräter in Lörrach folgende Antwort:

„Ich bin bereit, dem Gesamtkabinett vorzuschlagen, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit die Bereitschaftspolizei aus dem Streikgebiet Lörrach zurückgezogen und in einen für die Arbeiterschaft möglichst neutralen Punkt des Oberrheins verlegt wird; letzteres soll auch nur geschehen in einer ganz kurzen Zeit zum Zwecke der Beobachtung darüber, ob nicht neue Gewalttätigkeiten vorkommen. Der Verlagerungszustand wird nach Wiederaufnahme der Arbeit und nach der Feststellung, daß Gewalttätigkeiten nicht mehr vorkommen, im Laufe des Dienstag aufgehoben.“

Die erwähnten Beschüsse sind in Lörrach durch die Streikenden in einer Resolution angenommen worden.

Zur Besetzung des Mannheimer Schlosses

Mannheim, 21. Sept. 1923. Die französischen Kompagnien, die gestern das Mannheimer Schloss besetzt hatten, sind heute in der Frühe wieder abgezogen und haben nur einige Sachen im Innern des Schlosses und an den wichtigsten Ausgängen zurückgelassen. Bei der letzten Besetzung des französischen Besatzungskommandeurs erklärten die beiden anwesenden Generale dem im Schloss wohnenden Büro- und Haushaltspersonal, daß, wenn alles in Ordnung verlief, der Betrieb der einzelnen Verwaltungen schon in zwei bis drei Tagen wieder aufgenommen werden könne. Tatsächlich scheint die Besetzung einen andern als den offiziell mitgeteilten Grund einer Vergeltungsmäßigkeit für eine zeitlich schon ziemlich zurückliegende Schärerei zwischen deutschen Polizisten und französischen Kriminalbeamten, bei der übrigens kein Blut vergossen wurde, zu ergeben. Offenbar haben die Franzosen auf gewisse im Schloss aufbewahrte Akten und einzelne Kassen es abgesehen. Gestern sind die Akten der Eisenbahndirektion Ludwigsbafen in einem Seitenflügel des Schlosses beschlagnahmt worden, während im Amtsgericht die halbe Nacht hindurch nach den Akten eines die Franzosen interessierenden Strafalles gefahndet wurde. Ferner wurde der Beamte des Finanzamtes gezwungen, den Franzosen seine Kasse zu öffnen, in der sich übrigens kein erheblicher Betrag mehr befand. So viel wir erfahren konnten, ist bisher den Beamten, die im Schloss wohnen, noch kein Ausweis zum Betreten des Schlosses ausgehändigt worden.

Ausstellung über Belehrlingsarbeiten in der Metallindustrie

Die außerordentlich nachteilige Wirkung, welche die Kriegszeit für die Heranbildung eines tüchtigen Facharbeiterstandes in der Maschinenindustrie zur Folge gehabt hat und die Erkenntnis, daß der gute Ruf deutscher Qualitätszeugnisse nur dann aufrecht erhalten bleibt, wenn eine gut ausgebildete Facharbeiterkraft zur Verfügung steht, haben die Maschinenindustrie veranlaßt, der Belehrlingsausbildung ihre besonderen Interessen zuzuwenden und zu diesem Zweck besondere Belehrlingswerkstätten oder Belehrlingsabteilungen in den Betrieben einzurichten.

Um zu zeigen, in welcher Weise die Ausbildung der Lehrlinge in den einzelnen Betrieben geschieht und dadurch weiteren Kreisen ein Einblick auf diese für unsere Volkswirtschaft so wichtige und notwendige Aufgabe zu geben, hat die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsingenieure es unternommen, die Methode der Ausbildung in den Betrieben zur Darstellung zu bringen. Sie hat damit einen Gedanken ausgeführt, der unseres Wissens in dieser Folgerichtigkeit zum ersten Mal in Deutschland verwirklicht wurde. Die Karlsruhe Ausstellung ist somit nicht etwa eine Darstellung von Glasleistungen sondern eine systematische Darstellung des Ausbildungsanges in den einzelnen Betrieben.

Bei der Besichtigung der Ausstellung, die in ihrer ganzen Aufmachung einen wirklich gezielten Eindruck hervorruft, nimmt man die Überzeugung, daß in der Tat die Betriebe der Karlsruher Industrie ganz hervorragend, Vorbildliches in der Ausbildung der Lehrlinge leisten, indem sie die Lehrlinge nicht nur lehren, eine saubere erhaltene Arbeit auszuführen, sondern mit Rücksicht auf deren Zukunft auch darauf bedacht sind, eine möglichst umfassende Ausbildung in den betreffenden Berufen zu geben. Die Ausbildung würde jedoch auf halbem Wege stehen bleiben, wenn sie sich nur auf die Arbeit in den Werkstätten beschränken würde.

Hand in Hand mit der Werkstoffausbildung muß die der Betriebslehre gehen. Es ist ein erfreuliches Zeichen für das Zusammenarbeiten von Schule und Werkstatt, daß sich die in Betracht kommenden Gewerkschaften Karlsruhe, Bruchsal, Gaggenau, Durlach in eingehender Weise an der Ausstellung beteiligt haben.

Die Ausstellung der Gewerkschaften bestätigt aufs neue den guten Ruf der badischen Gewerkschaften, die in geradezu vorbildlicher Weise die Lehrlinge theoretisch herantreiben. Was den Fachmann an diesen Arbeiten der Schüler dieser Gewerkschaften erfreut, ist der frische praktische Zug, der aus ihnen hervorgeht. Nichts Überflüssiges und keine übertriebenen Anforderungen werden von den Schülern verlangt, wie es früher so oft der Fall war, wo man die Schüler mit wirtschaftsfernen Arbeiten oft plagte. Die Regelmäßigkeit und Gediegenheit der Gewerkschüler, welche diese oft viel zu wenig genüßliche Aufgabe erfüllen, verdient besonders dankbar anerkannt zu werden.

Bei der Ausstellung der Firmen setzt sich, wie bei aller Vielseitigkeit bei der Ausbildungsmethode selbst immer das Ziel einer gründlichen Ausbildung verwirklicht wird. Daß einzelne Betriebe auch an fertigen Erzeugnissen zeigen, für die Herstellung welcher Fabrikate die Belehrlinge angeleitet werden, ist nur zu begrüßen, zumal einzelne dieser Fabrikate auch im Betrieb vorgeführt werden. Auch die Ausstellung von Lehrmodellen bietet eine wertvolle Ergänzung des mit der Ausstellung verbundenen Zweckes.

In der Ausstellung sind außer den bereits genannten Gewerkschaften beteiligt die Deutsche Ausschuss für technisches Schulwesen, die Eisenbahnausbildungswerke, Junker & Nuss, Badische Maschinenfabrik Durlach, Benzwerke Gaggenau, Gerlan & Co., Städtisches Straßenbahnamt, Deutsche Eisenbahnsignalwerke Bruchsal, Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe und Gaid & Neu

In diesen schweren Zeiten bedeutet die Veranstaltung dieser Ausstellung und die Tatkraft, die aus ihr spricht, einen unerschütterlichen Rückhalt, der uns hoffen läßt, den guten Ruf deutscher Qualitätsarbeit in Zukunft nicht nur zu erhalten, sondern noch zu steigern.

Außerdem ist die Ausstellung ein ebenso erfreuliches Zeichen der Gemeinschaftsarbeit von Ingenieuren und Facharbeitern in den Betrieben, die den gesunden Arbeitssinn unseres Volkes aufs neue erkennen läßt.

Die Ausstellung, welche in den Räumen der Landesgewerbeschule stattfindet, wurde am heutigen Samstag, vorm. 11 Uhr, mit einer Versammlung im Bibliotheksaal des Landesgewerbeamts eröffnet. Am Nachmittag sprachen im großen Hörsaal des elektrotechnischen Instituts der Hochschule Professor Matthes, Berlin über „Industrie und Schule“, Privatdozent Dr. Friedrich, Hannover über „Fähigkeitsschulung (mit Lichtbildern)“ und Ingenieur Dietrich, Friedrichshafen über die „Belehrlingsausbildung in den Flugzeugmotoren (mit Lichtbildern)“. Am Sonntag, den 23. finden vormittags 10 Uhr in der Städtischen Gewerbeschule Vorträge von Direktor Ruhn über „Die Gewerkschaft in Karlsruhe, ihre Entwicklung und Bedeutung für die Gegenwart“, und Gewerbelehrer Dipl.-Ing. Gubisch über „Der Lehrplan der Maschinenbauabteilung an der Gewerbeschule Karlsruhe“ statt. Daran schließt sich eine Besichtigung der Gewerbeschule an.

Das Heilverfahren der Landesversicherungsanstalt für ihre versicherten Kranken in Gefahr

Von der Landesversicherungsanstalt wird uns geschrieben:

Die Landesversicherungsanstalt Baden hat von jeher ihre Hauptaufgabe nicht in der ihr nach dem Gesetz als Pflichtleistung obliegenden Krankengewährung, sondern in der als freiwillige Leistung zu leistenden, Schäden verkränkten Fürsorge für ihre krankheitsgefährdeten oder kranken Versicherten; namentlich in der weitgehenden Gewährung von Heilbehandlung. In ihren jeweils mit den neuesten Heilmitteln der ärztlichen Wissenschaft ausgestatteten Lungenheilstätten Friedrichsheim, Lufsenheim und Nordrach-Kolonie, welche letztere Anstalt zurzeit wegen eines Neubaus geschlossen ist, haben schon viele Tausende von Lungenkranken oder gefährdeten Versicherten ihre Gesundheit wieder erlangt und sind wieder voll erwerbsfähig geworden, die sonst vielfach einem langen Siechtum verfallen wären. Mit großem Erfolg werden in der von der Landesversicherungsanstalt im Jahre 1920 in Betrieb genommenen Heilstätte Friedrichsheim bei Bad Dürheim an Knochen-, Haut- und Gelenkverwundungen sowie an Erysipelen, ferner an Rheumatismus und Licht leidende Kranke behandelt. Vielen Hunderten von Versicherten hat die Landesversicherungsanstalt bisher eine Baderkur in dem Landesbad Baden-Baden, in den Solbädern Dürheim und Moppenau ermöglicht; an Herzkrankheiten Leidende wurden in die Bäder Rauheim und Krohingen und andere Kranke, je nach der Art der Krankheit, auch in sonstige Kurorte geschickt. In den chirurgischen Universitätskliniken und Krankenhäusern wurden die hierfür in Frage kommenden Kranken einer chirurgischen oder sonstigen notwendigen Behandlung auf Kosten der Landesversicherungsanstalt unterzogen. Die Landesversicherungsanstalt hat sich nicht nur auf diese ständigen Heilverfahren beschränkt, sondern hat auch erhebliche Beiträge zur Beschaffung von künstlichen Gliedern, künstlichen Gliedern u. dergl. sowie zu Verstrahlungen in weitem Umfange gegeben. In 5 Städten des badischen Landes unterhält die Landesversicherungsanstalt öffentliche Beratungsstellen für Geschlechtskranke, in denen zur verlässlichen Beratung gehörige Kranke dieser Art nicht nur unentgeltlich behandelt werden, wenn sie keiner Krankenkasse angehören und unbemittelt sind. Im Laufe dieses Jahres hat die Landesversicherungsanstalt ihre Kinderfürsorge ausgebaut und hat nicht nur erhebliche Beiträge zur Durchführung von Heilverfahren für an Tuberkulose und dergl. Krankenheiten leidende Kinder der Versicherten geleistet, sondern auch kranken Kinder in der eigenen Lungenheilstätte Lufsenheim zu einem sehr geringen Verpflegungssatz aufgenommen.

Die Durchführung dieser freiwilligen Heilfürsorge erfordert selbstverständlich große Mittel. Der Vorstand der Anstalt hat aber trotz der wirtschaftlichen Bedrängnisse, mit denen die Landesversicherungsanstalt schon längere Zeit zu kämpfen hat, seinen Stolz darin gesetzt, im Gegensatz zu manchen anderen Landesversicherungsanstalten seine vorübergehende und hellende Fürsorge für die Kranken in vollem Umfange beizubehalten. Dies ist ihm bisher auch immer gelungen, bis im Juli dieses Jahres der Verfall der Mark und die ungewohnte Preissteigerung eintrat. Das Heilverfahren erfordert heute täglich einen Aufwands von über 4 Millionen Mark, allein die tägliche Versorgung der Heilstätten Friedrichsheim und Lufsenheim mit Fleisch kostet 1,2 Millionen Mark. Den Milliardenausgaben stehen die völlig ungenügenden Beitragseinnahmen gegenüber, welche im Monat Juli rund 600 Millionen und im Monat August 720 Millionen Mark betragen haben. Dies ungenügende Einnahmeverhältnis ist lediglich darauf zurückzuführen, daß die Reichsregierung die Beiträge in der Invalidenversicherung viel zu spät und zu zögernd dem gesunkenen Markwert anpaßte. Betrag doch noch bis 20. Juli der niedrige Beitrag 10 Mk. für dessen Einziehung die Landesversicherungsanstalt damals schon eine Vergütung von 16 Mk. zahlen mußte und der Höchstbeitrag bis 20. August, also in einem Zeitpunkt, in dem 1 Million Papiermark schon nicht mehr ein Drittel des Wertes der Friedensmark besaß, ganze 320 Papiermark. Auch die seit dem 3. September 1923 geltenden Mindestwochenbeiträge von 140 000 Mk. und Höchstbeiträge von wöchentlich 670 000 Mk., die sich vom 17. September 1923 ab auf wöchentlich 1 900 000 Mk. erhöhen, erreichen nicht einmal die Hälfte des Wertes der Friedenswochenbeiträge von 16–50 Pf. Hierzu kommt, daß diese Beiträge infolge des gefällig vorgezeichneten sehr umständlichen Einzugsverfahrens erst nach Wochen ja nach Monaten völlig entwertet in den Besitz der Anstalt gelangen.

Unter diesen Umständen war und ist die Landesversicherungsanstalt genötigt, zur Erfüllung dieser Aufgaben das Land Baden als Garantieverband um Hilfe anzugehen, Darlehen bei der Reichskreditgesellschaft zu einem hohen Zinssatz aufzunehmen und ihren Bankkredit zu beanspruchen, bis ihr durch die neuen Beiträge wieder ausreichende Einnahmen aufstehen, was aber erst in Monaten der Fall sein wird.

Da diese Geldquellen bald versiegen, standen die Ausschusskommission sowie der Gesamtvorstand der Anstalt, welche am Montag, den 10. dieses Monats unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Graf Heibelberg und im Gegenwart des Vorsitzenden des badischen Landesversicherungsamts, Staatsrat Dr. Krebs und des Vertreters des Arbeitsministers, Regierungsrat Turban zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentraten, um über die zur Verhütung eines völligen Zusammenbruchs der Anstalt zu treffenden Maßnahmen zu beschließen, vor einer schweren und undankbaren Aufgabe. Unter dem Zwang der Verhältnisse blieb nichts anderes übrig, als wesentliche Einschränkungen auf dem Gebiete der freiwilligen Fürsorge für die Versicherten vorzunehmen; Beiträge zu künstlichen Gliedern, zu künstlichen Gliedern und dergl. können, abgesehen von den Fällen, in denen erstere zur erfolgreichen

Durchführung eines Rungenheilverfahrens nötig sind, vom 1. Oktober 1933 ab nicht mehr gewährt werden. Zukünfte zu Bestrahlungen nur noch in ganz dringenden Fällen. Die Heilstätten Friedrichsheim und Busenheim müssen voraussichtlich auf Ende dieses Jahres geschlossen werden, da der Reichslohlenkommissar bei der Versorgung der Heilstätten mit Kohlen vollständig verfaßt hat und die Beschaffung der zum Anlauf ausländischer Kohlen erforderlichen Bewisen bei dem heutigen Preisniveau mangels Mittel nicht möglich ist. Es sollen jedoch, wenn irgend anging, die Kuren der bereits in den Heilstätten befindlichen Kranken durchgeführt und solche Kranke, deren Anträge schon längere Zeit laufen, noch aufgenommen werden. Die Heilstätte Friedrichsheim soll, spätestens im Laufe des Monats November für die Wintermonate geschlossen werden. Um die dringenden Fälle an Rungenkur durchzuführen, ist beabsichtigt, die Heilstätte Nordach-Rosonie in beschränktem Umfang wieder zu eröffnen, vorausgesetzt, daß die Mittel der Anstalt dies gestatten. Wabefuren können in diesem Jahre den Versicherten nicht mehr gewährt werden mit Ausnahme derjenigen Versicherten, denen bereits eine solche im Landesbad B. Baden zugesagt ist. Ebenso muß der Betrieb der Beratungsstellen für Geschlechtskranke eingestellt werden, wenn nicht der von dem Lande Baden geforderte Staatszuschuß gewährt werden wird.

Um die Mittel für die hiernach noch fortzuführenden Heilverfahren zu beschaffen, haben Ausschusskommission und Gesamtkonferenz einstimmig beschlossen, von den größeren Arbeitgebern die Invalidenversicherungsbeiträge auf dem Girowege wöchentlich zu erheben und diese von der Anstalt aus mit Verfügungsmarken zu beliefern. Von dem sozialen Verständnis der Arbeitgeber darf wohl verlangt werden, daß sie dieser Verpflichtung im vollen Umfange nachkommen und dadurch die völlige Einstellung des Heilverfahrens für die Versicherten verhindern. Es ist nur zu hoffen, daß die Landesversicherungsanstalt in absehbarer Zeit wieder finanziell so gestellt ist, um ihre freiwillige so segensreiche Heilfürsorge in vollem Umfange wieder aufnehmen zu können. Ende aber der Arbeitgeber und der versicherten Arbeiter ist es, durch ihre wirtschaftlichen Organisationen und durch ihre Vertreter im Reichstag bei der Reichsregierung alsbald vorstellig zu werden und darauf hinzuwirken, daß die gegen Invalidität verfallende Arbeiterchaft auf die Fortgewährung der freiwilligen Heilfürsorge der Landesversicherungsanstalt in der bisherigen Weise den größten Wert legt und von der Reichsregierung sofortige Maßnahmen erwartet, welche die Träger der Invalidenversicherung hierzu wieder in den Stand setzen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Die Schiffszahl des badischen Einzelhandels vom 22. September betrug 3 300 000 (Vorjahr 5 400 000).

Not der Presse, 21. Sept. Die „Badische Feuerwehretzung“ steht mit Rücksicht auf die schwierigen Verhältnisse ihr Erscheinen vorläufig ein. Das Blatt erschien bereits im 44. Jahrgang.

DZ. Hohenheim, 19. Sept. In der Zigarettenfabrik Dorn & Co. brach im Speiseraum Feuer aus, das in den dort lagernden Holz- und Tabakwaren reiche Kostung fand. Der Schaden betrug ab. Viel Tabak ist verbrannt, der Schaden groß.

DZ. Falkau, 21. Sept. In der hiesigen Draht- und Schraubenfabrik wird seit Beginn dieser Woche nur noch mit beschränkter Arbeitszeit gearbeitet und zwar beträgt die Stundenzahl 24 in der Woche. Infolge Abnahme und Mangel an Aufträgen der Rohstoffe wird sich die Firma auch gezwungen sehen, Arbeiterentlassungen vorzunehmen.

DZ. Hellingen, 21. Sept. Die Beamten und Arbeiter des Sägewerks Bshwer & Anater haben sich bereit erklärt, auszuscheiden der Brandgefährdungen in Wolterbingen wöchentlich eine Überstunde zu leisten.

DZ. Vom Kaiserstuhl, 21. Sept. Ein Gang durch die ausgedehnten Weinberge am Kaiserstuhl bietet in diesem Jahre ein recht unerschauliches Bild. In manchen Weinbergen ist der Wein so gering, daß man annehmen könnte, die Traubenlese wäre dort schon vorüber. Die ungünstige Witterung in der Mitternacht, sowie der Sturm sind wohl die Ursache für die schlechten Verhältnisse. Auch das Hagelwetter im Juli hat zum großen Teil dazu beigetragen, die Ausbeuten so unzulänglich zu gestalten. Nur die mit Riesling bepflanzten Weinberge lassen ein günstigeres Ergebnis erhoffen.

DZ. Von der Bodenseeregierung, 21. Sept. Während im Laufe des Monats August der Personenverkehr um 30 Prozent über den Normalverkehr gestiegen war, ist er in der letzten

Zeit um 35-40 Prozent unter den normalen Verkehr gefallen. Den stärksten Verkehr verzeichnete der Monat Juli, in welchem der Verkehr den Verkehr der Friedensjahre bis zu 45 Prozent überstiegen hat.

Aus der Landeshauptstadt.

Badisches Landesbühnen. Anlässlich der Festwoche des Badischen Landesbühnen findet am Montag, den 24. d. M., in der Festhalle die hiesige Erstaufführung von Hans Pfitzner's romantischer Kantate „Von deutscher Seele“ statt. Der Werk, das bei seinen bisherigen Aufführungen in Dessen über 20 Städte große Anerkennung und Bewunderung ausgedöst hat, liegen als textliche Basis Gedichte von Joseph von Eichendorff zugrunde, die teils für einzelne und mehrere Solopartien, teils für Chor in Verbindung mit Solostimmen komponiert und durch große symphonische Zwischenspiele zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefasst sind. Die Proben zu dem schwierigen Werke sind seit vielen Wochen unter Operndirektor Cortolozis im Gange, der auch die Erstaufführung leiten wird. Die Chöre werden ausgeführt durch den Singchor des Landesbühnen und den Kirchenchor St. Stefan, der sich freundschaftlich zur Verfügung gestellt hat. Die Solopartien werden von der bekannten Konzertsängerin Hilde Elger-Berlin als Gast (in Vertretung des verurlaubten Hrl. Weber), Fräulein Stechert und den Herren Peters und Dr. Wagnerpennig geungen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen am 22. September vorbörslich

	22. September	Kont. Berliner Kurs v. 21. Sept.	Wechsel
Amsterdam	65 000 000	43 092 000.-	43 308 000.-
Kopenhagen	27 000 000	19 850 250.-	19 949 750.-
Italien	7 400 000	4 887 750.-	4 912 250.-
London	750 000 000	498 750 000.-	501 250 000.-
Newyork	155 000 000	108 725 000.-	110 275 000.-
Paris	9 800 000	6 463 800.-	6 498 200.-
Schweiz	27 500 000	19 355 500.-	19 445 500.-
Brag	4 950 000	3 294 750.-	3 308 250.-

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Münzgelde und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Leist. Kurs: (in Tausend Mark)	
5%	Badische Kohlenwert-Anleihe ca. 900 000
6%	Rannheimer Kohlenwert-Anleihe ca. 800 000
5%	Rhein-Rain-Donau-Gold-Anleihe —
7%	Redarwerke Goldanleihe —
5%	Breuhische Stahl-Anleihe pro 100 kg ca. 200 000
5%	Sächsischer Roggen-Anleihe pro Ztr. —
5%	Süddeutsche Festwertbank-Oblig. ca. 140 000
5%	Dollarfahrgeldanweisungen des Deutschen Reichs ca. 150 000
5%	Wertbeständige Anleihe Freudenberg Carl, G. m. b. H., Lederfabrik Weinheim ca. 35 000

Der Dollar ging am Donnerstagabend in Berlin auf 190 Millionen zurück und notierte in Newyork 111 Millionen. Als Ursache wurde von Berliner Wältern die in Aussicht stehende Währungsreform und Meldungen über die Lösung des Währungsproblems angegeben. Auf den Produktentwürfen hat sich am Freitag die Steigung des Dollars bereits ausgebreitet. Am heutigen Samstag ging der Dollarkurs wieder in die Höhe.

Der Stand des russischen Sowjetrubels. Der Sturz der deutschen Reichsmark nähert uns immer mehr bolschewistischen Zuständen. Dauert der Rückgang der Mark an den Börsen nur noch wenige Wochen an, so dürfte die Reichsmark den Stand des Sowjetrubels erreicht haben. Am 13. September notierte an der Moskauer Fondsbörse der Dollar mit 574 Millionen Rubel und das englische Pfund mit 2.600 Rubel der Emission vom Jahre 1923, d. h. 2 Milliarden 600 Millionen alte Sowjetrubel.

Die Lage der Schuhindustrie im August: Der Bericht des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabriken in Berlin enthält die Mitteilung, daß die bereits im Juli zu bemerkende Absatzsteigerung auch im August anhält und sich zum Teil noch verstärkte. Die Kaufkraft des Publikums ließ infolge der Steigerung der Lebensbedürfnisse immer mehr nach. Auch bereiteten die rigorosen Zahlungsbedingungen von Leder- und Textilfabrikanten schwere Hemmnisse des Schuhgeschäftes.

Unter diesen Umständen mußten einige Betriebe die Arbeitszeit weiter einschränken, während einige in der nächsten Zeit vollkommen zum Stillstand kommen werden.

Die Lage der schweizerischen Industrie. Die Lage der schweizerischen Textilindustrie ist bei allerdings noch ungewissen Aussichten zurzeit gut. Das gleiche kann von der Metall- und Maschinenindustrie gesagt werden, wo nur noch 24 Prozent der Arbeiterchaft mit Kurzarbeit beschäftigt zu werden braucht. In der chemischen Industrie beträgt dieser Prozentsatz gegenwärtig circa 35 Prozent. In der Herren- und Knabenkonfektion herrscht Mangel an Facharbeitern, die Textilindustrie hat unter ausländischer Konkurrenz sehr zu leiden und wieder mit Verlust verlaufen. Befriedigend ist daher wieder die Lage in den Schuhfabriken, was von den einzelnen Zweigen der Textilindustrie nicht gesagt werden kann. Dort beträgt z. B. der Prozentsatz der Kurzarbeiter in der Kunstvollfabrikation 65,2 Prozent. Auch in der Seidenweberei ist der Geschäftsgang schlecht. Hier ist auch die Lage in der Lebensmittel- und Genussmittelindustrie. In der Tabakindustrie werden 43 Prozent der Arbeiter mit Kurzarbeit beschäftigt. Die Aussichten sind auf den meisten Fabrikationsgebieten keine erfreulichen.

Verschiedenes.

Mit einem „Zeppelin“ über den Atlantik.

Nach einer Meldung der Pariser Ausgabe des „New York Herald“ aus Washington bereitet das Marinedepartement die Überfahrt des Zeppelins ZR 3 von Friedrichshafen nach Lakehurst (New Jersey) vor. Die Überfahrt soll anfangs November stattfinden. Der Z R 3 ist in Deutschland für das Marinedepartement der Vereinigten Staaten gebaut worden. Es ist beabsichtigt, den Flug über Frankreich, die Azoren und die Bermudas vorzunehmen und von dort nach Lakehurst zu steuern. Die gesamte Entfernung beträgt 4500 Meilen. Auf dem Wege werden Schiffe der amerikanischen Kriegsmarine für den Fall eines Unglücks stationiert werden.

Papier aus Schill.

Am 16. September sind in Großenhain in Sachsen die neu entworfenen Anlagen des Muldenabwerks eröffnet worden. Dieses Werk will Papier aus Schill herstellen. Den Gärten wurden die Erzeugnisse vorgelegt. Das „Großenhainer Tageblatt“ war als Zeitschrift für das große Interesse, das die Presse dem neuen Werk entgegenbringt, auf Schiltpapier gedruckt.

Erdbeben in Nordindien.

Nach einer Meldung aus Meshed hat sich in Budjud (Chorasam) am Morgen des 17. September ein schweres Erdbeben ereignet. In Meshed selbst wurde ein leichter Erdstoß verspürt, der jedoch keinen Schaden anrichtete.

Literarische Neuerscheinungen.

Wie jedes Jahr, so brachte auch heuer der „Historischer Verein“ für Mittelbaden ein sehr feines Mitteilungsblatt die Ortenau heraus. Inhaltlich ist das Heft von bemerkter Güte, es bringt größere Arbeiten von Dittl, St. Jakob bei Wolfach, von Müller: Die römische Siedlung bei Dinglingen und von Geiger: Ein Besuch der Grafenruft im Odenbacher Kapuzinerkloster. Von kleineren Mitteilungen seien nur genannt: Über den Tod des Grafen Johann Reinhard von Söulz-Lichtenberg; die Eltern und Geschwister des Humanisten Paul Holz; Anekdoten aus dem Verteidigungskrieg des Böhmer-Archibis 1799; Kleinigkeiten aus Oppenau und Umgebung; Testament und Hinterlassenschaft des Kardinals Rohan.

Staatsanzeiger.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Ernannt: die Justizobersekretäre Philipp Berner beim Amtsgericht Bruchsal, Karl Gehl beim Amtsgericht Heidelberg und Friedrich Link beim Amtsgericht Konstanz zu Justizinspektoren.

Befördert: die Aufseher Heinrich Friedenauer beim Amtsgefängnis III Karlsruhe zum Justizhaus Bruchsal und Hugo Wüthrich beim Justizhaus Bruchsal zum Amtsgefängnis III Karlsruhe.

Badische Lichtspiele · Konzerthaus.

Mittwoch, 26., Donnerstag, 27., Samstag, 29. Sept.

jeweils 8 Uhr abends
Mittwoch und Samstag auch 5 Uhr nachm.

Vortrag des Herrn Kapitän Herbert

Im Film nach Südamerika

Mit Schnelldamper nach Brasilien, Uruguay, Argentinien.



Vorverkauf nur bei Musikhaus Müller, Kaiserstr. Ecke Waldstr. Abends nur nummerierte Plätze.

Preise: einschl. Garderobe- und Einlaßgebühr M. —.60, 1.20, 1.80, 2.50 × Multipl. Landestheater. B.806

Nationalkassen beide Nummern. erbet. Kauft Dägler, Berlin, Potsdamerstraße 38. B.664

Metallbetten
Stahlmatt., Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Euph (Thür.)

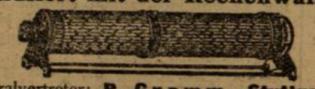
Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe
Sonntag 11 Uhr: **MORGENFEIER**
Kammermusik für Bläser vom Landestheater
Kämpfe, Bannemann, Hoffmann, Kraft, Wenk, Somann, Gierschner, Gebhard
Lieder für Sopran / Lia Weidt vom Berner Stadttheater

nachmittags 4 Uhr:
Lieder für Sopran u. Tenor / Duette: Marie u. Friedr. Meißner
Karl Huber: Violin Harmonium: Frdr. Merz
Am Flügel: Otto Somann / Flügel und Harmonium von Hch. Maurer
Kein Zuschlag zu den Tageskarten B.805

Das amerikanische Konsulat zu Stuttgart
sucht zur Aushilfe für die Dauer von etwa 3 Monaten
zwei gewandte Herren
welche die englische Sprache beherrschen und die Schreibmaschine bedienen können. Es kommen aber nur durchaus perfekte Maschinenschreiber in Frage.
B.788.3.1

Sonntag, den 23. September.
Landestheater. 6 b. n. 9 Uhr. Sp. I 6 M.
Konzerthaus. 7-10 Uhr.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 201-500. Parkett I 2.50 M.
Neueinstudiert u. in neuer Inszenierung:
Der Tempel und die Jüdin. **verlorene Tochter.**

Handel und Industrie
kalkuliert mit der Rechenwalze



Generalvertreter: **P. Gram, Stuttgart**
Hauptstätterstraße 51.
Spezialgeschäft für Rechenmaschinen usw.
Telephon 7520. B.805

Internationale Frachtbriefe
Inland-Frachtbriefe
Eil-Frachtbriefe
Expres-Begleitadressen
mit und ohne Eindruck der Firma sofort in jeder Menge lieferbar

G. Braun G. m. b. H.
vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruhe, Karlriedrichstraße 14.